

DAS SCHMUTZIGE GESCHÄFT MIT DEM „BLAUEN GOLD“

EU greift nach Österreichs Wasser

Mit dem Gratis-Wasser soll jetzt Schluss sein, meint die EU. Der globale Klimawandel erfordere hier restriktive Maßnahmen. Unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit steckt jedoch die Gier der internationalen Konzerne nach Profiten mit dem „blauen Gold“.

Nun möchte die EU auch die lebensnotwendige Ressource Wasser auf den liberalen Markt zerren. Erst wenn für Wasser ein Preis bezahlt werde, der seiner Knappheit entspreche, so EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, würde es effizient genutzt. Denn schließlich sei Wasser – bedingt durch den globalen Klimawandel – zur Mangelware geworden.

Vor allem die Bauern, die mit mehr als 60 % der größte Verbraucher der Wasserressourcen sind, könnte man damit zu einem disziplinierteren Umgang mit dem kostbaren Nass bewegen, so der Tenor der EU. Und: Sollten einzelne Staaten weiterhin gratis Wasser für die Landwirtschaft bereitstellen und sich die Wassergebühren bis 2010 nicht an der tatsächlichen Knappheit orientieren, werde die Kommission gegen die säumigen Länder klagen, heißt es.

Aus für Privatbrunnen

Selbst Wasser aus dem eigenen Hausbrunnen soll fürderhin nicht mehr beliebig und kostenlos genutzt werden dürfen. Doch was bezweckt die EU tatsächlich mit ihrem Ansinnen?

Österreich zählt zu den wasserreichsten Ländern Europas. Von diesem Reichtum an „blauem Gold“ möchte die Privatisierungslobby in der EU nun endlich profitieren. So könnte das Wasser der Alpenrepublik schon bald in riesigen Leitungen zur Bewässerung der Tomaten nach Spanien fließen. Spaniens Bauern dürften dann für teures Geld Wasser kaufen, das bei uns gratis aus dem Boden sprudelt.

Gewinnmaximierung

Was ist aber die Folge, wenn Staaten ihre Wasserversorgung in die Hände privater Konzerne geben?

In Ländern, in denen man bereits Erfahrungen mit einer Privatisierung der Wasserversorgung gemacht hat, waren die Konsequenzen verheerend. Kostenexplosion für die Wasserkund/inn/en auf der einen Seite, mangelnde Investitionen, Personalabbau, unzureichende Versorgung, schlechte Qualität andererseits.

In einigen Ländern eskalierte die Situation bereits derart, dass diese sich ihre eigene Wasserversorgung für teures Geld zurückgekauft haben, sodass Suez, Veolia, RWE & Co. zweimal kassiert haben: einmal beim „Wasserhandel“, einmal beim Rück-Verkauf der in den Jahren der Misswirtschaft völlig vernachlässigten Versorgungsleitungs-Infrastruktur.

Während sich das Verlegen von Leitungen in entlegene Gebiete für Konzerne als unrentabel erwiesen hat, lässt sich hier eine andere Geschäftsidee hervorragend zu Geld machen: Wasser in Flaschen. Die Wachstumsraten sind enorm. Nestlé ist Weltmarktführer bei in Flaschen abgefülltem Trinkwasser. Bereits jetzt macht das Geschäft mit dem kostbaren Nass rund 10 % des Gesamtumsatzes des Konzerns aus.

Skrupellose Profitgier!

Trotz weltweit sinkender Wasservorräte ist wohl eines klar: Wer dafür bezahlen kann, wird auch in Zukunft keinen Mangel an Wasser leiden. Auf



Wasser darf nicht zur Ware auf dem Weltmarkt werden (Foto: bigshot)

den internationalen Finanzmärkten tummeln sich daher zahlreiche Unternehmen, die mit einer Verknappung des wichtigsten Rohstoffes der Welt Gewinne machen wollen.

Um die Attraktivität von Wasserfonds anzupreisen, schreckt das Finanzportal Wallstreet Online nicht davor zurück, darauf hinzuweisen, dass bereits 1,1 Mrd. Menschen auf dieser Welt ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind und dass jährlich mehr als drei Millionen Kinder an durch Wasser übertragene Krankheiten sterben. Die Profitgier kennt eben keine Skrupel.

Recht auf Wasser

Der Druck der EU-Kommission in Richtung Libera-

lisierung und Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung wird weitergehen. Tatsächlich hat der Ausverkauf des Wassers auch in Österreich bereits begonnen. So hat Klagenfurt bereits 52 % seiner Wasseragenden an den französischen Konzern Veolia verkauft, in Oberösterreich planen ÖVP und Grüne gemeinsam den Teilverkauf der landeseigenen Energie AG.

Wasser als unersetzbares Lebensmittel wird auf diesem Weg zu einer gewöhnlichen Handelsware abgewertet, das Menschenrecht auf sauberes Wasser durch die Kaufkraft der Kund/innen ersetzt. Angesichts dieser drohenden Gefahr fordert die KPÖ daher einen sofortigen Privatisierungsstopp sowie die Verankerung des Menschenrechtes auf Wasser in der Verfassung.